Nr. 12 21. Jahrg.

Fernsprecher:
Redaktion 32723 — Geschäftsstelle 32722
Postscheckkonto: Dresden Nr. 14797

Sächsische Volkszeitung

Sächsische Volkszeitung
nach
Dresden-N. 6
König-Albert-Straße 25/27

Bezugspreis: Vierteljährlich 24 M. zweimonatlich 16 M. monatlich 8 M frei Haus. Einzelnummer 10 Pf. Die Sächsische Volkszeitung erscheint sechsmal wöchentlich. — Sprechstunde der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachm. Nicht ausdrücklich zurückverlangte und mit Rückporto nicht versehene Einsendungen an die Redaktion werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. Anzeigenpreis für die Petitzeile 3,60 Familienanzeigen 2,75 für Vereine 2,50 die Reklamezeile 8 mm breit 9.—. Für undeutlich geschriebene sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen kann die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit nicht übernommen werden. Annahme in Dresden: Schmidtsche Buchhandl. Inh. P. Beck, Schloßstr. 5, in Bautzen Georg Kurzat a. d. Petrikirche 4

Regina-Palast
Dresden, Waisenhausstr. 22
Abend-Konzert
Kapellmeister Heinz Putsche mit seinen 12 Künstlern
Restaurant ersten Ranges
5-Uhr-Tee

Bewilligung des Zahlungsaufschubs

Paris, 13. Januar. Die Reparationskommission hat beschlossen, Deutschland einen Zahlungsaufschub zu gewähren.

Die Schlußsitzung in Cannes

Cannes, 13. Januar. Der Oberste Rat versammelte sich heute vormittag um 11 Uhr zum letzten Male in Cannes. Die Sitzung dauerte bis 12 Uhr 30 Minuten. Lloyd George verlas als Vorsitzender der Konferenz das von Briand gesandte Telegramm. Der Oberste Rat sprach sein Bedauern über den Rücktritt Briands aus und Lloyd George schlug die Absendung eines Telegramms an Briand vor, worin diesem für den Empfang des Obersten Rates auf französischem Boden und für die Art und Weise, wie er dazu beitrug, daß die Konferenz von Cannes Ergebnisse für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas erzielen konnte, der Dank ausgesprochen wird. Man gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Ergebnisse Früchte tragen werden.

Lloyd George teilte dann mit, daß der Oberste Rat zu der Entschließung gekommen sei, daß er in Abwesenheit eines seiner Mitglieder mit den Verhandlungen nicht fortfahren könne und daher beschlossen habe, die Konferenz zu vertagen. Er erwähnte, daß die Aufgabe der Konferenz zum Teil gelöst worden sei, insbesondere sei beschlossen worden, eine Wirtschaftskonferenz nach Genua einzuberufen, zu der die deutsche Regierung eingeladen werden solle. Mit Befriedigung habe er den gestrigen Ausführungen Rathenaus entnommen, daß die deutsche Regierung am Wiederaufbau Osteuropas teilzunehmen gewillt sei. Er bedauere, daß der deutschen Delegation Ungelegenheiten bei den Verhandlungen erwachsen seien, die durch den Abbruch der Konferenz unterbrochen werden mußten. Die übrigen Delegationen befänden sich in derselben Lage. Die Reparationsfrage habe vertagt werden müssen. Soweit aber das Ersuchen der deutschen Regierung um ein Moratorium in Betracht komme, werde die Reparationskommission sofort eine Antwort erteilen. Hierauf verlas der Vorsitzende der Reparationskommission Dubois die nachstehende

Entscheidung:

Die Reparationskommission beschließt, der deutschen Regierung eine vorläufige Verzugsfrist für die am 15. Januar und 15. Februar 1922 fälligen Raten zu gewähren, soweit diese Zahlungsverpflichtungen durch geleistete oder noch zu leistende Barzahlungen und durch Sachlieferungen oder Einnahmen aus dem Recovery Act, die schon eingegangen sind oder bis zu den oben genannten Daten eingegangen sein werden, nicht schon gedeckt sind, und zwar unter Vorbehalt der nachstehenden Bedingungen::

1. Während der vorläufigen Verzugsfrist zahlt die deutsche Regierung aller 10 Tage 31 Millionen Goldmark in zugelassenen Devisen. Die erste Zahlung erfolgt am 18. Januar 1922.

2. Die deutsche Regierung unterbreitet binnen 14 Tagen der Reparationskommission einen angemessenen Reform- und Garantieplan betreffend das deutsche Budget und den deutschen Papiergeldumlauf, sowie ein vollständiges Programm für die Barzahlungen und Sachlieferungen für das Jahr 1922,

3. Die vorläufige Verzugsfrist geht zu Ende, sobald die Reparationskommission oder die alliierten Regierungen eine Entscheidung über den unter 2 erwähnten Entwurf und das Programm getroffen haben. Unbeschadet dessen kann in dieser Entscheidung vorgesehen werden, daß der Unterschied zwischen den tatsächlich während der vorläufigen Verzugsfrist bezahlten Beträge und den auf Grund des Londoner Zahlungsplanes fälligen Summen fällig wird und zu zahlen ist innerhalb 14 Tagen, gerechnet von dem Tage der je nach den Umständen von der Reparationskommission oder den alliierten Regierungen getroffenen Entscheidung.

Wenn der Entwurf und das Programm der Reparationskommission vorliegen, werden sie sofort den alliierten Regierungen übermittelt, die so in der Lage sein werden, entweder die Angelegenheit selbst in die Hand zu nehmen oder sie an die Reparationskommission zurückzuverweisen, damit diese darüber entscheidet.

Reichsminister a. D. Rathenau erklärte, daß er namens der deutschen Regierung von der Einladung zur Konferenz in Genua Kenntnis nehme. Die deutsche Regierung sehe der Uebermittlung des Einladungsschreibens entgegen. Er betonte ferner, daß aus den gegebenen Erklärungen hervorgehe, daß aus der Nichtzahlung der zum 15. Januar fälligen Summe für Deutschland keine unmittelbaren Folgen erwachsen.

Die hier vorliegende Entscheidung der Reparationskommission, die für die im Januar und Februar fälligen Zahlungen ein Moratorium unter gewissen Bedingungen vorsieht, ist der Reichsregierung heute in später Abendstunde bekannt geworden. Die Reichsregierung wird morgen vormittag in eine interne Besprechung darüber eintreten.

Berliner Pressestimmen zum Zahlungsaufschub

Berlin, 14. Januar. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" urteilt: Da Deutschland 31 Millionen zur Verfügung hat, gewinnt es durch den vorläufigen Aufschub eine Atempause von etwa zweieinhalb Monaten. Die „Kreuzzeitung" stellt fest: Nicht ein Zahlungsaufschub, sondern nur eine völlige Abänderung des Londoner Zahlungsplanes kann Deutschland aus diesem Dilemma herausführen. Der „Vorwärts" schreibt: Nun ist rascher als man vermutet, das erste Zahlungsversäumnis Deutschlands erfolgt, ohne das die Entente diese Gelegenheit zu einem gewalttätigen Vorgehen ausgenutzt hat. Ein solches Vorgehen wird auch in Zukunft nicht möglich sein, so lange Deutschland den Beweis zu erbringen imstande ist, daß es tut, was es kann und daß man von ihm mehr fordert, als es zu leisten imstande ist. Im „Berliner Tageblatt" wird betont: Der Oberste Rat behält sich also vor, jederzeit wieder auf den Boden des Londoner Ultimatums zurückzutreten. Das ganze Provisorium hat offenbar nur den Zweck, Zeit zu gewinnen für eine erneute Prüfung der deutschen Zahlungen mit der neuen französischen Regierung. Die „Freiheit" erklärt: Für Deutschland ist zunächst das wichtigste, daß dieser Zahlungsaufschub uns doch eine Erleichterung und eine Atempause gewährt. Das ist ein unbestreitbarer Erfolg. Die „Rote Fahne" meint: Das Moratorium das Deutschland gewährt wird, ist so gut wie gar kein Moratorium. Die imperialistischen Gegensätze lassen eine wirkliche Lösung des Reparationsproblems durch die kapitalistischen Regierungen nicht zu.

•

Das Moratorium und die Reichsregierung

Berlin, 14. Januar. Die Entscheidung der Reparationskommission, die für die im Januar und Februar fälligen Zahlungen ein Moratorium unter gewissen Bedingungen vorsieht, ist der Reichsregierung am Freitag in später Abendstunde bekannt geworden. Die Reichsregierung wird am Sonnabend vormittag in eine interne Besprechung darüber eintreten.

•

Die Besprechung der Parteiführer mit dem Reichskanzler

Berlin, 14. Januar. Am heutigen Sonnabend versammelten sich auch die Parteiführer beim Reichskanzler. Wenn auch die Beratungen bezüglich der Steuerprobleme als einziger Beratungsgegenstand vorgesehen sind, so werden naturgemäß daneben die außenpolitische Situation und das Reparationsproblem einen breiten Raum in den Verhandlungen einnehmen.

•

Die Abreise von Cannes

Cannes, 14. Januar. Die deutsche Delegation beschloß, am Freitag abends 7 Uhr abzureisen. Die Abreise Lloyd Georges nach Paris erfolgte am Freitag nachmittag.

Blätterstimmen zum Sturze Briands

Frankfurt a. M., 13. Januar. Zum Rücktritt des Kabinetts Briand bemerkt die Frankfurter Zeitung: Die Frage ist, ob Briand seinen Sturz nicht gewollt hat. Briand läßt diesmal als Verfechter liberaler Ideen. So kann er gefühlsmäßig und für die fortschrittlich denkenden Franzosen zum Vorkämpfer eines besseren Frankreich werden. Die Ernüchterung ist im französischen Volke auf dem Marsche. Sie wird um so schnellere Klärung haben, je mehr der Reaktion Gelegenheit gegeben wird, zu zeigen, daß sie unfähig ist, der Beruhigung und der inneren Ruhe Frankreichs entgegenzuführen. Der gestürzte Briand kann aber der Führer seines Volkes werden, wenn die Stunde dann reif ist. Zum Schluß sagt das Blatt: wir befinden uns zurzeit in einer absoluten Ungewißheit. Das beste ist, Verhandlungen mit dem Regierungswechsel in Frankreich eine Gefährdung unserer Wünsche.

•

Die „Popolo Romano" zur französischen Kabinettskrise

Rom, 13. Januar. Der „Popolo Romano" sagt in seinem Leitartikel, die Pariser Krise breche besser jetzt aus, wo keine Verständigung erreicht sei, als später mit Gefährdung aller erzielten Resultate. Italien und England müßten nunmehr Frankreich energischer entgegentreten und von Frankreich wirtschaftliche Zusicherungen für den Wiederaufbau Europas fordern, bevor politische Garantien gewährt würden.

Poincaré

Vor einigen Wochen hat das „Berliner Tageblatt" einen Briefwechsel veröffentlicht zwischen Poincaré und dem russischen Staatsmann Iswolski, der zeigte, daß schon 1912 diese Lenker der Staatengeschicke Frankreichs und Rußlands „allen Zaunes bar" gewesen sind. Das ruft die Erinnerung wach an die Tatsache, daß bereits am 14. Januar 1914 General Michel, der Generalgouverneur von Paris, im Budgetausschuß der französischen Kammer erklärt hat: „Die Zeit drängt; dieses Jahr ist ein außergewöhnliches Jahr; wir wissen nicht, was es uns bringen wird. Wir wissen nicht, ob wir im Monat März oder im Monat April die Mobilmachung haben werden." Wir haben die Mobilmachung gehabt, zwar nicht im April, aber einige Monate später. In den entscheidungsschweren Tagen des Juli 1914 jagte von Petersburg aus ein französischer Kreuzer an die französische Küste. Auf ihm befand sich Poincaré, der die Kriegsentscheidung, der jedenfalls den Willen zum Kriege als französischer Präsident bereits in der Tasche trug. Der belgische Gesandte in Paris, Baron Guillaume, hat seinerzeit geschrieben: „Herr Poincaré ist Lothringer und läßt keine Gelegenheit vorübergehen, darum zu trauern. Er war der Mitarbeiter und der Anstifter der militaristischen Politik Herrn Millerands. Das erste Wort schließlich, daß er in dem Augenblicke aussprach, als er seine Wahl zum Präsidenten der Republik erfuhr, war das Versprechen, über die Erhaltung aller Mittel der nationalen Verteidigung wachen zu wollen." Was Poincaré unter der „Erhaltung aller Mittel der nationalen Verteidigung" verstand, darüber bemerkt Guillaume bei einer anderen Gelegenheit, er bemerke täglich, wie die öffentliche Meinung in Frankreich alle Tage argwöhnischer und chauvinistischer wird. Der belgische Gesandte schreibt dann über die damaligen Verhältnisse wörtlich folgendes: „Man begegnet nur Leuten, die versichern, daß ein baldiger Krieg mit Deutschland gewiß, ja unvermeidlich ist. Man bedauert es, aber man schickt sich darein. Man verlangt die sofortige und fast einhellige Annahme dieser Maßnahme, die geeignet ist, die Verteidigungskraft Frankreichs zu vergrößern. Die vernünftigsten Leute behaupten, man müsse sich bis an die Zähne bewaffnen, um den Gegner zu schrecken und den Krieg zu verhindern."

Derselbe Poincaré hat sich nach seinem Rücktritt als Präsident an die Spitze der nationalistischen Opposition gestellt. Jedes Land hat seine radikalen Nationalisten. Und in jedem Lande gleichen sich die radikalen Nationalisten fast wie ein Ei dem anderen. Derselbe Poincaré hat den französischen Ministerpräsidenten Briand gestürzt, während der Konferenz in Cannes gestürzt. Das Ereignis steht in seiner Art einzig da. Der deutsche Reichspräsident Friedrich Ebert hat in der Jubiläumsnummer des „Berliner Tageblatts" am 1. Januar 1922 treffend geschrieben: „Die Gedanken, um die in Washington ein interessanter und noch nicht abgeschlossener Kampf sich abspielt, der Ruf nach Abrüstung zu Wasser und zu Lande, das Verlangen nach einer internationalen Konferenz zu gemeinsamem Aufbau der Weltwirtschaft, das alles sind die Vorboten der neuen Zeit, gegen die sich die alte Vorstellungswelt mit ihren nationalistischen Machtmitteln wehrt." Sie wehrt sich bei uns dagegen, sie hat sich jetzt mit Erfolg in Frankreich dagegen gewehrt. Briand hat geglaubt, als er Cannes verließ, daß er in wenigen Tagen die Gemüter in Paris beruhigen würde und an den Beratungstisch nach Cannes zurückkehren könne. Der deutsche Historiker Veit Valentin sagt in seinem sehr lesenswerten Buche „Deutschlands Außenpolitik 1890 bis 1918" (Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin): „Die Bismarcksche Meisterdiplomatie war der gewöhnliche Stil eines Einzelnen, mit dem er selbst am Schlusse seiner Wirksamkeit sich nur noch schwer behaupten konnte, weil sich die Welt verwandelte. Jetzt wurde dieser Stil zu einer Methode gemacht. Ein Teil der neuen Jugend in den achtziger Jahren meinte, man brauche sich nur recht Bismarckisch zu geben, und dann würde schon alles gut gehen." Selbstverständlich ist ein Vergleich zwischen Bismarck und Poincaré direkt in keiner Weise angebracht. Aber indirekt kann man doch sagen, daß der Revanchestil Poincarés von den Nationalisten Frankreichs zu einer Methode gemacht wird, obwohl die Welt sich wandelt, wenn das bis jetzt auch manchmal nur in verschwommenen Umrissen erkennbar ist. Der frühere Präsident der Republik Frankreich Poincaré und der jetzige Präsident der Republik Frankreich Millerand spielen am nämlichen Tische die nämlichen Karten. Berden war der französische Ministerpräsident Briand gleich unbequem. Er galt als gemäßigt.